Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Julian Assange in Haft: “Sie töten ihn langsam”
2. Einkommenseinbußen durch Corona
3. Azubis und Corona: Sparschwein Ausbildung
4. 1,8 Millionen Rentner hoffen auf Nachschlag
5. “Alarmierender” Anstieg: Immer mehr Senioren leiden unter Armut
6. Von 450 auf 600 Euro: Warum die Anhebung der Minijobgrenze eine Katastrophe wäre
7. Und wenn es zu eng wird auf der Intensivstation?
8. Corona-Impfstoff: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie …
9. Die “Geopolitik des Impfstoffs”
10. Finanzinvestor Blackstone besitzt Tausende Wohnungen in Berlin
11. Machtlos im Südkaukasus
12. US-Regierung will die Vereinigten Arabischen Emirate aufrüsten
13. EU-Regierungen planen Verbot sicherer Verschlüsselung
14. Wie DIE LINKE half, Milliarden Cum-Ex Steuergelder zu sichern
15. Corona-Wirtschaftskrise in Lateinamerika: Wo 70 Prozent der Hausangestellten ihre Arbeit verloren haben

***Vorbemerkung:*** *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Julian Assange in Haft: “Sie töten ihn langsam”**
   In dem Auslieferungsprozess um den Wikileaks-Gründer steht nicht nur sein Leben, sondern unsere ganze freie westliche Welt auf dem Spiel
   Hans Rauscher, führender Kolumnist der österreichischen Tageszeitung Der Standard – er sei hier stellvertretend genannt für viele andere, die ähnlich denken – irrt leider, wenn er zwar einräumt, dass es bei dem Fall Julian Assange skandalöse Vorgänge gebe, gleichzeitig aber in dem Australier kein Symbol einer bedrohten Pressefreiheit

sehen will. Wer so spricht, dem ist die politische Tragweite der Ereignisse nicht bewusst.
Tatsächlich muss jeder, dem nur irgendwie an einem unabhängigen und kritischen Journalismus gelegen ist, alles daransetzen, dass Assange freigelassen wird, – sonst ist die freie westliche Welt endgültig Geschichte.
Den USA geht es darum, und das spricht der ehemalige CIA-Direktor Leon Panetta sogar ganz ungeniert mit diesen Worten aus, ein Exempel zu statuieren. Wird Assange an die Vereinigten Staaten ausgeliefert, so wird das geschaffen, was man in der Sprache der Justiz einen Präzedenzfall nennt. Das heißt, dass dann mit jedem investigativen Journalisten oder überhaupt mit jedem von uns – weltweit, also ganz gleich, wo auf dem Planeten man sich gerade befindet und ob man nun amerikanischer Staatsbürger ist oder nicht -, dass dann mit jedem von uns, der beispielsweise Recherchen über Kriegsverbrechen durch Angehörige der US-Armee oder über Foltergefängnisse der Supermacht anstellt und die Ergebnisse an die Öffentlichkeit bringen will, theoretisch genau dasselbe gemacht werden kann wie jetzt mit Assange. Und was mit diesem gemacht wird, ist so schrecklich, dass es schier unglaublich ist, dass so etwas in einem zivilisierten Land der westlichen Welt möglich ist, das bis vor kurzem immerhin noch der Europäischen Union angehört hat: nämlich Großbritannien.
Quelle: Telepolis

2. **Einkommenseinbußen durch Corona**
Von Einkommensverlusten infolge der Coronakrise sind überdurchschnittlich oft Menschen betroffen, die schon zuvor eine schwächere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten. Das zeigt eine neue Studie, für die WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch und HBS-Experte Andreas Hövermann Daten der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung ausgewertet haben. An der Befragung im April und Juni 2020 haben mehr als 6 000 Personen teilgenommen.
Insgesamt gaben rund 32 Prozent der Befragten an, im April oder im Juni 2020 Einkommen durch die Pandemie eingebüßt zu haben. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund waren stärker betroffen: Selbst wenn man Faktoren wie das Bildungsniveaus oder die Branche herausrechnet, kam es bei ihnen öfter zu Einkommensverlusten. Eltern mussten im Vergleich zu Kinderlosen häufiger Einbußen verkraften. In der unteren Einkommensgruppe mit maximal 900 Euro netto monatlich waren fast 48 Prozent betroffen, während es in der obersten Gruppe mit mehr als 4 500 Euro netto knapp 27 Prozent waren. Auch Befragte in Leiharbeit oder Minijobs berichteten häufiger von einem Minus. Hingegen fiel das Risiko bei unbefristeter Beschäftigung oder in Unternehmen mit Tarifvertrag und Betriebsrat niedriger aus. Befragte, die Einkommen verloren haben, sehen auch größere Gefahren für den

gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gehaltseinbußen sowie die Wahrnehmung einer ungleichen Verteilung der Lasten könnten gesamtgesellschaftlich destabilisierend wirken, warnen Kohlrausch und Hövermann. Vor diesem Hintergrund sei es zentral, bei weiteren Maßnahmen zur Krisenbewältigung auch die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit im Blick zu haben.
Quelle: Hans Böckler Stiftung

3. **Azubis und Corona: Sparschwein Ausbildung**
   Es ist kompliziert genug, unter Corona jung zu sein – keine Partys, kein Kino, kein gemeinsames Abhängen. Nun bauen viele Unternehmen auch noch Ausbildungsplätze ab. Die Jungen schauen in die Röhre.
   Besonders dramatisch sieht es im Landkreis Göppingen aus. “Im Vergleich zu vor zwei Jahren haben wir in der Industrie jetzt nur noch die Hälfte an Ausbildungsplätzen”, sagt Pascal Holz, Jugendsekretär der IG Metall Göppingen-Geislingen. Gab es 2018 rund 290 Ausbildungsplätze in den von der IG Metall betreuten Firmen, sind es in diesem Jahr noch 159. “Und ich fürchte, im nächsten Jahr wird es noch schlimmer”, so Holz. Schlägt tatsächlich Corona zu? “Nicht nur”, meint der dortige IG Metall-Bevollmächtigte Martin Purschke. “Das geht schon länger. Wir haben Betriebsschließungen und wir haben viele Betriebe, die Personal abbauen.” Er hat das kürzlich durchgerechnet und festgestellt, dass in den vergangenen zwei Jahren in seinem Bereich 2.500 Arbeitsplätze abgebaut worden sind. Und er weiß nicht, was sonst noch auf die Beschäftigten zukommt.
   Quelle: Kontext: Wochenzeitung
4. **1,8 Millionen Rentner hoffen auf Nachschlag**
   Bundessozialgericht lässt in Musterstreitverfahren um Erwerbsminderungsrente für Bestandsrenten Revision zu.
   Das Bundessozialgericht lässt in einem Musterstreitverfahren um die Erwerbsminderungsrente (BSG Aktenzeichen: B 13 R 100/20 B) nun eine Revision zu, wie der Sozialverband VdK gegenüber der Düsseldorfer „Rheinischen Post“ erklärte. „1,8 Millionen Rentner dürfen auf höhere Renten hoffen, wenn die Stichtagsregelung fallen sollte“, sagte Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK, der Redaktion.
   Quelle: Ihre Vorsorge
5. **“Alarmierender” Anstieg: Immer mehr Senioren leiden unter Armut**
   Seit Jahren steigt die Zahl der verschuldeten Rentner laut dem “Schuldneratlas 2020” immer weiter an. Senioren kämpfen mit den roten Zahlen auf dem Konto und greifen auf Hilfen wie die Tafel zurück. Die Gründe für die wachsende Altersarmut sind vielfältig.
   Immer mehr alte Menschen in Deutschland können ihre Rechnungen nicht mehr

bezahlen. Seit 2013 habe sich die Zahl der überschuldeten Verbraucher im Alter ab 70 Jahren mehr als vervierfacht – auf mittlerweile rund 470.000 Betroffene. Das berichtete die Wirtschaftsauskunftei Creditreform in ihrem "Schuldneratlas 2020". Zum Vergleich: Die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen erhöhte sich im gleichen Zeitraum "nur" um rund vier Prozent.
Allein in den vergangenen zwölf Monaten stieg die Zahl der überschuldeten Senioren ab 70 der Studie zufolge um 23 Prozent. Parallel erhöhte sich in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen die Zahl der Überschuldungsfälle um 13 Prozent auf rund 725.000. "Das Phänomen der Altersüberschuldung gewinnt noch stärker als in den Vorjahren an Bedeutung", warnte der Geschäftsführer von Creditreform Boniversum, Michael Goy-Yun.
Quelle: n-tv

**dazu: Wachstumsgeschichten: Die Zahl der überschuldeten Senioren steigt und steigt**
Bei einer differenzierten Auswertung der Entwicklungen im Bereich der Überschuldung wird dieser besorgniserregende Trend diagnostiziert: „Überschuldung der Zukunft: alt und weiblich". Das hat die Wirtschaftsauskunftei Creditreform in ihrem SchuldnerAtlas kurz und schmerzhaft niedergeschrieben. Also in ihrem SchuldnerAtlas 2018, denn das Zitat stammt aus diesem Beitrag vom 15. November 2018: Zu viele Schulden. Nein, nicht in Griechenland oder Italien, sondern mitten unter uns. Zum SchuldnerAtlas 2018 und den Ausstrahlungen der Altersarmut. Und auch im darauffolgenden Jahr findet man hier einen entsprechenden Beitrag, der am 21. November 2019 veröffentlicht wurde: Überschuldung: Etwas Licht von oben betrachtet, zugleich ganz viel Schatten bei den Älteren. Auch hier zeigen sich die Auswirkungen von Altersarmut: »Die Altersüberschuldung nimmt weiter deutlich zu und die Beobachter sprechen von einer „besorgniserregenden Entwicklung". Vor allem in der Altersgruppe ab 70 Jahren: Gut 380.000 Personen aus diesem Kreis gelten mittlerweile als überschuldet, das sind 44,5 Prozent beziehungsweise 118.000 Verbraucher mehr als noch im Vorjahr, wo das Plus ebenfalls schon bei 69.000 Fällen lag.«
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

**dazu auch: Gerhard Schröders Rentenreformen: Inzwischen ganz offiziell gescheitert**
Gerhard Schröder hat die staatliche Rente in Deutschland systematisch geschwächt, zugunsten der privaten Anbieter. Deren Rente sei angeblich sicherer. Inzwischen zeigt sich, wer wirklich profitiert hat: Nicht die Bürger*innen, sondern die Konzerne. Jetzt

gibt sogar Bert Rürup zu, dass die private Altersvorsorge gescheitert ist. Er war einer der Architekten beim massiven Umbau des Rentensystems.
Der Umbau der Rentenversicherung seit der Regierungszeit von Gerhard Schröder, ein Krimi in vier Kapiteln:
Quelle: Holger Balodis auf freiblatt

6. **Von 450 auf 600 Euro: Warum die Anhebung der Minijobgrenze eine Katastrophe wäre**
   Sie haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld, werden schneller gekündigt und sind auch sonst sozial kaum abgesichert – trotzdem wollen Union und FDP die Minijobs massiv ausweiten, indem sie die Verdienstgrenze von 450 auf 600 Euro anheben. Damit würden allein 470.000 Menschen, die jetzt noch regulär beschäftigt sind, sofort unfreiwillig zu Minijobbern.
   Quelle: DGB
7. **Und wenn es zu eng wird auf der Intensivstation?**
   In Nachbarländern mit mehr schweren Covid-19-Fällen heißt es für Ärzte schon wieder: Wen zuerst behandeln? Aber wie entscheidet man gerecht? Eine medizinethische Bestandsaufnahme.
   Nun droht, was im Frühjahr erspart blieb. Die zweite Welle der Covid-19-Pandemie könnte zur Überforderung in den Kliniken führen. Sind Ärztinnen und Ärzte vorbereitet, knappe Ressourcen zuzuteilen? Bedürfen sie gar einer neuen Ethik für ihr Handeln? Fachgesellschaften haben Entscheidungshilfen für die Mediziner veröffentlicht, so die Deutsche interdisziplinäre Vereinigung für Intensivmedizin zusammen mit der Akademie für Ethik in der Medizin, der Deutsche Ethikrat und die Bundesärztekammer. Die Diskussion wurde auch hier auf FAZ.NET geführt.
   Quelle: FAZ

   ***Anmerkung JK:*** *Hier wird schon wieder Panik bezüglich einer drohenden Triage verbreitet. Eine entscheidende Frage wird aber wieder nicht gestellt: Weshalb sind die Gesundheitssysteme in den Nachbarländern überlastet bzw. weshalb droht überhaupt eine Überlastung der Gesundheitssysteme? Liegt es vielleicht auch an der Brüsseler Austeritätspolitik, die den betroffenen Ländern gerade im sozialen Bereich und den Gesundheitssystem immer wieder drastische Sparmaßnahmen auferlegt hat. So geschehen in Spanien und Italien. Ähnliches gilt auch für Deutschland. 1991 verfügten die deutschen Kliniken und Krankenhäuser über eine Kapazität von 665.565 Betten, 2018 war diese auf 498.400 Betten gesunken. Ebenso wurden 1991 deutschlandweit noch 2.400 Kliniken gezählt, so waren es 2017 nur noch 1.925 Häuser. Und selbst in der Corona-Epidemie verstummen die Stimmen nicht, die eine weitere "Konsoldierung*

*und Effiziensteigerung" im Gesundheitssystem und weitere Krankenhausschließungen fordern.*

**dazu auch ein Bericht aus dem Mai: Gesundheitssektor finanziell ausgehungert: Krankenhaus-Personal dreht belgischer Premierministerin den Rücken zu**
Die belgische Premierministerin fuhr am Samstag mit ihrer Dienstlimousine vor das Krankenhaus Saint-Pierre in Brüssel. Dort wurde sie von hunderten Rücken empfangen: Die Krankenpflegerinnen, Sanitäter und Krankenhausbeschäftigten zeigten ihr, dass es so nicht weitergehen kann. Das belgische Gesundheitssystem ist von Kürzungen gezeichnet. Der Protest wirkt: Jetzt hat die Regierung ein Gesetz zurückgenommen, das vermehrt unqualifiziertes Personal im Gesundheitsbereich einsetzen wollte, um die Kosten weiter zu drücken.
Quelle: Kontrast.at

8. **Corona-Impfstoff: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie …**
Die Euphorie ist groß, seit am Montag ein Corona-Impfstoff mit angeblich 90-prozentigem Schutz vor der Krankheit angekündigt wurde. Blitzschnell hat die EU sich Millionen Impfdosen gesichert. Massenimpfungen sind geplant. Aber was passiert, wenn die neuen Wundermittel plötzlich doch Schwächen oder gar Nebenwirkungen und Spätfolgen zeigen?
Am Montag gaben das deutsche Pharma-Start-Up BioNTech und deren amerikanischer Vertriebspartner Pfizer bekannt, dass sie einen Impfstoff mit einem mehr als 90-prozentigen Schutz vor Covid-19 entwickelt haben. Bereits am Dienstag hat die EU mit BioNTech und Pfizer Verträge über die Lieferung von 200 Millionen Dosen des neuen Corona-Impfstoffes ausgehandelt. Für weitere 100 Millionen Dosen gäbe es eine Option. Pro Impfung sind zwei Dosen nötig.
Quelle: Sputnik

*Hinweis: Lesen Sie dazu auch Hype um BioNTech-Impfstoff – über Risiken und Geld spricht man lieber nicht.*

9. **Die "Geopolitik des Impfstoffs"**
Trotz des deutsch-US-amerikanischen Durchbruchs bei der Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffs sagen Experten im globalen Kampf gegen die Pandemie chinesische Einflussgewinne voraus. Während in Deutschland diskutiert wird, wie das Vakzin nun in der EU verteilt werden soll, hat China nicht nur erste Impfungen im eigenen Land durchgeführt, sondern auch angefangen, anderen Staaten Impfdosen zur Verfügung zu stellen; damit ist etwa in den Vereinigten Arabischen Emiraten bereits

medizinisches Personal immunisiert worden. Chinesische Impfstoffe sollen in Südostasien sowie in Afrika in Lizenz produziert werden, um in ausreichendem Maß vorhanden zu sein; zahlreiche Länder sollen privilegiert beliefert werden. Beobachter konstatieren, China könne sich damit "als verlässlicher Partner" präsentieren und seine internationale Position stärken. Auch Russland hat mehreren Ländern eine bevorzugte Versorgung mit seinem Impfstoff in Aussicht gestellt. Unter Experten ist bereits von einer "Geopolitik des Impfstoffs" die Rede.
Quelle: German Foreign Policy

10. **Finanzinvestor Blackstone besitzt Tausende Wohnungen in Berlin**
Damit zählt Blackstone zu den großen privaten Eigentümern der Stadt. Nur selten wissen Mieter über den globalen Konzern hinter ihrem Zuhause.
Kreuzberg, im Milieuschutzgebiet: In der Weihnachtszeit vor einigen Jahren hängt ein Aushang im Treppenhaus. Die Mieter sollen die Miete auf ein neues Konto überweisen. Das Haus wurde verkauft. Die Polizei kommt, vermutet eine Betrugsmasche dahinter. Doch es stimmt. Das Haus wurde verkauft. An wen, das weiß keiner. Vor Gericht wehren sich die Mieter gegen den Rausschmiss, der wenig später folgt. Der Vermieter zeigt keine Kompromissbereitschaft. Ein Gericht gibt den Bewohnern recht. Sie dürfen bleiben.
Die Mieter wollen nur anonym auftreten, auch ihre genaue Adresse oder den Namen der Briefkastenfirma nicht in der Zeitung lesen. Zu groß ist die Angst vor Folgen, gerade hat sich die Lage etwas beruhigt. „Wenn man rausfliegen würde, ist die Chance niedrig, etwas anderes Vergleichbares zu finden", sagt einer.
Quelle: Tagesspiegel

11. **Machtlos im Südkaukasus**
Außenpolitikexperten stufen den Waffenstillstand im Krieg um Berg-Karabach als Erfolg für Russland und als machtpolitische Niederlage für den Westen ein. Die Vermittlung des Waffenstillstands sei ein "spektakulärer diplomatischer Zug" des russischen Präsidenten Wladimir Putin gewesen, heißt es beim Carnegie Moscow Center. "Der Westen" habe "Putin erneut das Feld" überlassen, kritisiert die regierungsfinanzierte Deutsche Welle. Tatsächlich ist es Moskau einmal mehr gelungen, in enger Kooperation mit Ankara einen bewaffneten Konflikt zu stoppen – ähnlich wie zuvor beispielsweise in Syrien. Die "Minsk-Gruppe" der OSZE, die – gebildet von den USA, Frankreich und Russland – mit dem Berg-Karabach-Konflikt befasst war, ist gescheitert. Dies trifft ebenso auf Bemühungen Berlins und der EU zu, den Krieg zu beenden. In Zukunft werden russische Truppen den Waffenstillstand in Berg-Karabach überwachen; damit sind die russischen Streitkräfte in allen drei Staaten des Südkaukasus stationiert – zum ersten Mal seit Beginn der 1990er Jahre.
Quelle: German Foreign Policy

12. **US-Regierung will die Vereinigten Arabischen Emirate aufrüsten**
Die andere Seite der "US-Friedenspolitik" im Nahen Osten
Ein großes Waffengeschäft: Die US-Regierung hat laut Außenminister Pompeo den Kongress davon in Kenntnis gesetzt, dass sie den Verkauf von fortgeschrittenen Waffensystemen im Wert von 23,37 Milliarden US-Dollar an die Vereinigten Arabischen Emirate zu erlauben beabsichtigt.
In der offiziellen Erklärung werden aufgelistet: bis zu 50 Kampfjets des Typs Lockheed Martin F-35 Lightning II, deren Wert mit 10,4 Milliarden angegeben wird; bis zu 18 Reaper-Drohnen MQ-9B im Wert von knapp 2,97 Milliarden US-Dollar und "Munition" im Wert von 10 Milliarden US-Dollar. Konkret handelt es sich dabei nach Informationen von al-Monitor um 1.500 Hellfire-Raketen und 800 Luft-Luft-Raketen mittlerer Reichweite.
Der Waffendeal war schon länger vorbereitet worden; er hatte Gegner im israelischen Verteidigungsminister Gantz, unter israelischen Militärs und Geheimdiensten, wo der Verkauf der F-35 an die VAE als problematisch gegenüber eigenen Sicherheitsinteressen gesehen wurde. Als publik wurde, dass Premierminister Netanjahu dies als Geschäft für die historische Vereinbarung zwischen den VAE und Israel, den sogenannten Abraham-Vereinbarungen, akzeptiert hatte, führte dies in Israel zum Streit zwischen Gantz und Netanjahu.
Quelle: Telepolis
13. **EU-Regierungen planen Verbot sicherer Verschlüsselung**
Der Wiener Terroranschlag ist für die Regierungen Gelegenheit zum Ausbau der Überwachung. Onlinedienste sollen Zweitschlüssel bei Behörden hinterlegen müssen.
Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten haben sich darauf verständigt, sichere Verschlüsselung EU-weit zu verbieten. Das geht aus dem geheimen Entwurf einer geplanten Deklaration des EU-Ministerrats hervor, die der Österreichische Rundfunk (ORF) veröffentlicht hat. Zwar betont das Dokument zunächst die Bedeutung der Verschlüsselung und gelobt, sie zu fördern, doch dann wird nach "innovativen Ansätzen" und technischen Lösungen zur Brechung der Verschlüsselung verlangt.
In allgemeinverständliches Deutsch übersetzt bedeutet das Dokument, dass die Regierungen alle Dienstebetreiber dazu zwingen wollen, Hintertüren in ihre Verschlüsselung einzubauen. Darüber besteht offenbar bereits Einstimmigkeit im Rat der EU-Minister. Der Resolutionsentwurf heißt offiziell "Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung".
Quelle: Heise Online

**dazu: Das Wasser kocht schon**
Der Bundestag hat mal wieder neue Überwachungsgesetze beschlossen – warum

interessiert das niemanden mehr?
Quelle: Zeit Online

14. **Wie DIE LINKE half, Milliarden Cum-Ex Steuergelder zu sichern**
LINKE Finanzpolitik ist gut investiertes Geld. Das zeigt der jüngste Erfolg im Kampf um Steuergerechtigkeit. Es ist eine etwas komplizierte Geschichte, aber es lohnt sich, den „Cum-Ex Krimi“ zu erzählen. Doch zunächst der Reihe nach.
Über viele Jahre nahmen Banken und Investoren die Steuerzahler mit Cum-Ex Aktiengeschäften aus. Was sind Cum-Ex Aktiengeschäfte? Cum-Ex sind Geschäfte mit Wertpapieren, bei denen eine einmal (oder sogar keinmal) bezahlte Steuer mehrfach erstattet wird. Das wird hier genauer erklärt.
Dabei werden immer dann, wenn Dividenden (Gewinnbeteiligungen) auf Aktien ausgeschüttet werden, Aktien hin und her verschoben. Unter bestimmten Voraussetzungen können sich Eigentümer von Aktien Kapitalertragssteuern erstatten lassen, da ja die Gewinne bereits beim Unternehmen besteuert wurden. Da die Aktien aber den Besitzer rund um den Dividendenstichtag wechselten, wurden Kapitalertragssteuern mehrfach erstattet, die etwa nur einmal bezahlt wurden. Man kann sich das vorstellen wie beim Flaschenpfand. Ich drucke mir die Pfandbons zu Hause selbst, gebe keine Flaschen ab und hole mir dann das Geld für den Pfand an der Supermarktkasse. Mit dem Unterschied, dass der Supermarkt das Finanzamt ist, und es nicht um ein paar Euro, sondern um Milliarden von Steuergeldern geht.
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag
15. **Corona-Wirtschaftskrise in Lateinamerika: Wo 70 Prozent der Hausangestellten ihre Arbeit verloren haben**
Hausangestellte sind besonders betroffen: Millionen Menschen in Lateinamerika haben durch die Coronakrise ihre Arbeit verloren oder verdienen deutlich weniger. Hier erzählen einige, wie ihr Leben jetzt aussieht.
Quelle: DER SPIEGEL